

LEITARTIKEL Neue Zölle

Europa muss sich andere Partner als die USA suchen

US-Präsident Donald Trump stellt mit einer neuen Zoll-Orgie die bisherige Weltordnung infrage: Der unberechenbare, ideologietriebene Mann im Weißen Haus zettelt einen Handelskrieg mit nahezu allen Ländern der Erde (!) an. Die Zeiten des freien Welthandels sind damit endgültig passé. Wer Freund oder Feind gewesen ist, spielt für Trump keine Rolle. Auch und gerade für die EU gelten jetzt bald Zölle von zusätzlich 20 Prozent auf alle US-Importe. Damit treten die schlimmsten Befürchtungen ein.

Deutschland treffen die Zölle als Exportnation besonders hart. Die USA sind Deutschlands wichtigster Handelspartner. Die abrupte Erhöhung der Preise für deutsche Produkte um ein Fünftel wird die US-Nachfrage nach ihnen einbrechen lassen. Dabei ist die deutsche Industrie infolge von Standort- und Kostennachteilen ohnehin bereits deutlich angeschlagen. Ökonomen sagen jetzt voraus, dass Trumps Zölle das deutsche Wirtschaftswachstum noch einmal um ein halbes Prozent pro Jahr reduzieren könnten. Nach drei Jahren Stagnation ist damit kein Ende der Schwächephase in Sicht. Das macht die Aufgabe für die nächste Regierung unter Friedrich Merz nur noch größer, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Verhandlungen über handelspolitische Lösungen hat Trump bei seiner absurden Ankündigung des so genannten „Befreiungstages“ (Liberation Day) zwar ausgeschlossen. Zu hoffen ist aber dennoch, dass

das vor allem Rhetorik ist. Sobald Trump realisiert, dass seine Maßnahmen die US-Wirtschaft in die Rezession stürzen, weil Millionen Amerikaner infolge stark steigender Preise weniger einkaufen, könnte sein Verhandlungswille auch rasch wieder zurückkehren. In einem Handelskrieg verlieren alle, die USA aber möglicherweise am meisten. Zumal auch der Absturz an den Börsen US-Amerikanern besonders zu schaffen macht, deren Pensionsfonds für die Altersvorsorge auf Aktien setzen.

Die EU reagiert richtig, indem sie gezielte Gegenreaktionen vorbereitet, die Tür für Verhandlungen aber offenhält. Das europäische Waffenarsenal ist groß. Neben Gegenzöllen kommen auch etwa die Nicht-Anerkennung von US-Patenten in Europa oder eine Digitalsteuer für US-Tech-Konzerne in Betracht. Europa sollte nun mit noch größerer Geschwindigkeit nach neuen Partnern suchen und Handelsabkommen schließen. Dafür bieten sich insbesondere Demokratien wie Indien, Kanada, Japan, Südkorea oder Mexiko an. Die Unternehmen müssen zudem neue Absatzmärkte finden. Die USA sind unter Trump kein verlässlicher Partner mehr.



BIRGIT MARSCHALL

KOMMENTAR Kosten für den Führerschein

„Lappen“ muss bezahlbar sein

Wer jung ist, irgendwo auf dem Land wohnt und mobil sein möchte, der hat ein doppeltes Problem: Das Deutschlandticket nutzt ihm oft nicht viel, weil der öffentliche Personennahverkehr massiv ausgedünnt worden ist. Und der Führerschein fürs Auto ist demnach teuer, dass man ihn nicht bezahlen kann. Dumm gelaufen.

Wenn die Verkehrsminister der Länder also von gesellschaftlicher Teilhabe sprechen, die abhandeln, weil die Fahrerlaubnis mitunter nur noch etwas für „Reiche“ ist, dann haben sie recht. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine Art Grundrecht. Für Jung und für Alt. Dann aber muss der Kosten ist nun mal der Staat verantwortlich. Durch überfrachtete und inzwischen unsinnige theoretische und praktische Anforderungen, die teils nicht mehr in

die heutige Zeit passen. Aber das Problem ist vielschichtiger. Es fehlt an Fahrlehrern, an Prüfern und in mancher Stadt wartet man Monate, bis man nach erfolgreicher Prüfung die Lizenz überreicht in der Hand hält. Den Führerschein wieder billiger zu machen, ist daher nur ein Teil einer größeren Aufgabe. Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Nun kann man sagen, es gibt Wichtigeres, um das sich eine künftige Koalition kümmern muss. Aber das Problem ist eines, das viele junge Bürger bewegt – genau deshalb muss es auch die Politik bewegen.



HAGEN STRAUSS



KARIKATUR: HARM BENGEN

ANALYSE Die mexikanische Regierung will schlagkräftiger gegen Drogenkartelle vorgehen. Dazu stellt der Sicherheitschef eine neue Spezialtruppe zusammen.

Mexikos Antwort auf steigende Kartellgewalt

VON MARÍA VERZA

MEXIKO-STADT (ap) Vor sechs Jahren löste Mexikos damaliger Präsident die Bundespolizei des Landes auf und übertrug dem Militär die gesamten Sicherheitsaufgaben. Jetzt lässt seine Nachfolgerin in aller Stille eine zivile Eliteeinheit für investigative und spezielle Operationen aufbauen – die es gezielt mit den Drogenkartellen aufnehmen soll.

Präsidentin Claudia Sheinbaum hatte schon frühzeitig ihre Bereitschaft angedeutet, von der oft kritisierten Strategie – „Ummarmungen statt Kugeln“ ihres Vorgängers Andrés Manuel López Obrador abzurücken, die sich darauf konzentrierte, die sozialen Wurzeln von Verbrechen zu bekämpfen, anstatt Mexikos mächtige Kartelle direkt zu konfrontieren. Jetzt nutzt Sheinbaums Sicherheitschef Omar García Harfuch seine Kontakte zu einstigen Angehörigen der Bundespolizei, um Sicherheitsfunktionen von den Streitkräften auf eine zivile Truppe zu verlagern, der er vertraut und die direkt unter seinem Kommando steht.

Die Regierung hat die Bildung der neuen Nationalen Operationseinheit – mit dem spanischen Kürzel Uno – noch nicht offiziell bekanntgegeben, aber ihr Aufbau ist in Kreisen ehemaliger Angehöriger der Bundespolizei ein offenes Geheimnis. Drei mexikanische Offizelle, die anonym bleiben wollten, bestätigten

der Nachrichtenagentur AP, dass der Sicherheitschef die Einheit formiert. Sicherheitsanalyst David Saucedo hat mit einigen frischgebackenen Uno-Mitgliedern gesprochen. Er glaubt, dass es García Harfuchs Hauptziel ist, über eine bewaffnete Truppe zu verfügen, mit der er US-Forderungen nach einem verschärfte Vorgehen gegen die Kartelle nachkommen kann. Zu Beginn der Woche veröffentlichte sein Sicherheitsministerium einen Aufruf an College-Abolventen, die „erste Generation investigativer und geheim-

dass die Truppe in die – bisher einmalige – Überstellung von 29 hochkarätigen Kartellmitgliedern an die USA involviert war. Die Kartellangehörigen wurden aus Gefängnissen in verschiedenen Teilen Mexikos geholt und dann in die USA geschickt.

Einheiten für Spezialeinsätze haben eine wechselvolle Geschichte in Mexiko, waren in viele Skandale, Machtmissbräuche, außergerichtliche Tötungen und Infiltration durch Kartelle involviert. Um wird, wie es heißt, auch Spezialeinheiten auf bundesstaatlicher Ebene ausbilden, die sich ebenfalls zum großen Teil aus ehemaligen Bundespolizisten zusammensetzen. Eines davon wurde laut offizieller Mitteilung im Dezember im Staat Chiapas geschaffen, in dem Mexikos mächtigste Kartelle um die Kontrolle von Schmuggelrouten kämpfen, die Rede ist von insgesamt 500 Mitgliedern. Zwei von ihnen – ebenfalls Ex-Bundespolizisten – sagten der AP, dass sie vor ihrem Eintritt in die Gruppe ein achtmonatiges Spezialtraining durchlaufen hätten.

Aber es bleiben Fragen, Saucedo, der Sicherheitsanalyst, weist beispielsweise darauf hin, dass die neue Eliteeinheit bislang noch keine internen Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen habe. „Es gibt keine Garantie“, so der Experte, „dass diese Elitegruppe nicht die Ausschreitungen verübt, die von anderen Gruppen für Spezialoperationen verübt wurden.“



MEXIKOS PRÄSIDENTIN CLAUDIA SHEINBAUM HAT MIT DEM UMBAU DES SICHERHEITSPARAPATES BEGONNEN. FOTO: ESTRELLA AP

dienstlicher Agenten“ zu bilden und damit die Sicherheit des Landes zu stärken. Die derzeitigen Mitglieder sind überwiegend ehemalige Bundespolizisten und Angehörige einer Gruppe für Spezialoperationen, die García Harfuch in seiner Zeit als Polizeichef von Mexiko-Stadt schuf.

Ein mit Einzelheiten der Pläne vertrauter mexikanischer Bundesbeamter wies Vermutungen zurück, dass die neue Einheit hauptsächlich darauf abziele, US-Präsident Donald Trump zufriedenzustellen. Aber er merkte an,

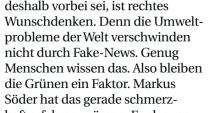
KOLUMNE NACHGEDACHT

Die Grünen bleiben ein Faktor

A n diesem Wochenende kommt der grüne „Länderrat“ zusammen, um die Wunden der Bundestagswahl zu lecken. Und die sind tiefer als das Minus von 3,1 Prozent ausweist. Noch vor wenigen Jahren waren Klimaschutz, Antirassismus und Geschlechtergerechtigkeit weithin anerkannte Ziele. Tempi passati. Vorbei die Zeiten. Wirklich? Es hat eine mächtige Gegenbewegung gegeben. Rechten Parteien, Medien und Influencern gelang es, die Grünen regelrecht zu verteuflern. Auch Teile der Union, allen voran CSU-Chef Markus Söder, mischten da kräftig mit. „Woke“ wurde zum Schimpfwort, „Öko“ zum Witze. Obwohl „Aufmerksamkeits“ (gegenüber Diskriminierungen) und „Nachhaltigkeit“ (im Wirtschaften) doch vernünftige Ziele sind und bleiben.

Das Problem: Grüne Politik will und muss in den Alltag der Menschen eingreifen. Sei es, dass die Leute elektrisch fahren, mit Wärmepumpe heizen oder darauf verzichten sollen, allzu gedankenlos zu reden. Eine solche Politik müsste sich besonders erklären und besonders aufpassen, dass alle mitkommen. Das ist der grünen Partei in den Ampel-Jahren nicht gelungen, und hier liegt ihr eigener Anteil an dem Wahlderaster. Sie war zu wenig volksnah und bodenständig, vor allem in ihrer Kommunikation.

Doch dass die Zeit der Grünen deshalb vorbei sei, ist richtiges Wunschdenken. Denn die Umweltprobleme der Welt verschwinden nicht durch Fake-News. Genug Menschen wissen das. Also bleiben die Grünen ein Faktor. Markus Söder hat das gerade schmerzhaft erfahren müssen. Er, der vor sechs Jahren noch fotogen Bäume umarmte (gegen deren Willen), trat jüngst gegen Robert Habeck nach: „Goodbye, gute Reise. Auf Nimmerwiedersehen.“ Selbst Söders Vorgänger Horst Seehofer fand das unklug. Denn in Berlin brauchte Friedrich Merz die Zustimmung der Grünen zu seinem Schuldenpaket von 500 Milliarden Euro. Und die verlangten nach Söders Rede außer einer Entscheidung die Zusage, dass mindestens 100 Milliarden der neuen Kredite für Klimaschutz investiert werden. Merz musste sich beugen. So haben die Bäume mal wirklich etwas von Söders Populismus. Gegen dessen Willen.



WERNER KOLLHOFF



Produktion dieser Seite: Vincent Bauer, Michaela Heinze, Samira Zimmermann, Ulrich Brenner

Saarbrücker Zeitung

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTeilICH

IMPRESSUM

Chefredakteur: Peter Stefan Herdt
Stellvertreter/Chefredakteur: Thomas Roth

Chefredaktion: Ulrich Brenner, Joseph Haunzer, Oliver Schwaibach, CVD Alexander Houben, Oliver Speitel

Neuansager: Ulrich Brenner, Joseph Haunzer, Peter Stefan Herdt, Alexander Houben, Oliver Schwaibach, Oliver Speitel, Volker Dieck, Art Director: Romy Lorenz, Eitel, Selby, CVD Barbara Scherer, Reporterleitung: Saarland/SP: Saarbrücken: Oliver Schwaibach (Leiter), Teresa Prosenberger, Johannes Schiewing (Zweit-Stellv.), Detmar Klostermann, Sabine Schorr (Beide 1. Autor/Inf), Sport: Mark Weidmann (Leiter), Kai Wabbert (Stellv.), Claes/Red: pooder Landespolitik: Dr. Daniel Kirch, Chefreporter: Michael Kirch, Leserbüro: Oliver Speitel, Foto: Daniela Hossing, Reporterleitung Ost/West für die Lokalausgaben: Horstberg, Merzig/Wedern, Neunkirchen, Saarbus, St. Ingbert und St. Wendel: Volker Fuchs (Leiter), Christian Beckinger (Stellv.), Sarah Knaack, Evelyn Schneider (Beide 1. Autor/Inf), Digital: Joseph Haunzer (Leiter), Sarah Utz (Stellv.), Malin Foltz (RD), Präsident Saarland/SP: Saarbrücken: Gerrit Dausberg (Leiter), Manuel Götz (Stellv.), Vinzenz Bauer, Martin Wintermann (Beide 1. Redaktionsleiter), Redaktions für die Lokalausgaben: Horstberg, Merzig/Wedern, Neunkirchen, Saarbus, St. Ingbert und St. Wendel: Matthias Witters (Leiter), Peter Neuhäsel (Stellv.), Melanie Mal, Barbara Scherer (Beide 1. Redaktionsleiter), Bettine Büro, Kerstin Münstermann (Leiter), Verantwortlich für den jeweiligen Bereich sind die jeweiligen Leiter.

Verlag: Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66103 Saarbrücken, Gutenbergstr. 11-21, Tel.: (06 91) 500-11, Fax: (06 91) 500-1111, BIK: 0505 0000 0007 0070 08, BIC: SALA3333, Postvergangen Saarbrücken, Druck: Saarbrücker Zeitung Druckhaus GmbH, 66103 Saarbrücken, Untertalheimer Str. 15, Ersteinheit täglich außer sonntags, Bezugspreis inkl. Zustellung 54,40 € (einmonatlicher Zahlung), bei Postbezug 62,40 €, Postbezugs Ausland 85,45 € (im Inland ersichtl. 7 % MwSt.). Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Abbestellungen sind, vorbehaltlich einer vereinbarten Mindestabgabe, bis zum 10. des Monats zum Monatsende möglich. Die Kündigung kann nur in Textform (Fax, E-Mail, Brief) erfolgen. Bei Nichterschickender Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung. Gewerkschaftsangelegenheiten: Presisite Nr. 73 ab 1. Januar 2025. Für private Gelegenheitsarbeiten gilt die Presisite Nr. 73 ab 1. Januar 2025. Betriebsrat: Die Redaktion der Saarbrücker Zeitung ist Redaktions- und Verlagsrat. Verantwortlich für den Anzeigenbetrieb: Günther: 11-21, 06 91 500-1111. www.saarbruecker-zeitung.de **Aboservice:** (06 91) 502-502 **Anzeigenleitung:** (06 91) 502-503 **Redaktion:** (06 91) 502-504 **Für unverlangt eingesandene Manuskripte übernehmen Redaktion und Verlag keine Gewähr.**

LESERBRIEFE

Freche Sprüche ohne Substanz

„Junge Saar-Linke feiern Reichhinek“, SZ vom 3. April

Leider ist der neue Popstar der Linken ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Da dümpelt eine Partei unter der Fünf-Prozent-Hürde nur, bis plötzlich eine jüngere Frau auf TikTok mit frechen Sprüchen auf Nummer geht. Da die meisten Nutzer dort von Politik noch keine Ahnung haben, schafft das Heidi Reichhinek mit plumpen Anknüpfungen, ohne zu wissen, wie man diese umsetzen kann. Wie sie reagiert, wenn sie seriös diskutieren muss, konnte man unlängst in der Sendung „Hart, aber fair“ sehen, als sie niemandem ansprechen will, andere verächtlich auslachte und keine andere Meinung akzeptierte.

Alexander Jene, St. Ingbert

Scharfmacher? Nein, Schuldenmacher

„Vom Scharfmacher zum Diplomaten der CSU“, SZ vom 2. April

Bravo zum Leserbrief von Rolf Weinreich. „Mist bauen als Kernkompetenz“, SZ vom 2. April. Er hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Soll Alexander Dobrindt Deutschland denn wieder schaden? Nein, danke. Da ist der SZ wohl ein Fehler unterlaufen. Das sollte sicher nicht „Scharfmacher“, sondern „Schuldenmacher“ heißen. Hat die CSU (das soll eine christliche Partei sein!) keine Politiker mit Charakter und Gewissen? Markus Söder nicht glaubhaft. Andreas Scheuer mit der Maut-Afäre. Alexander Dobrindt hat als Verkehrsminister nur „Mist“ gemacht. Also, solche Politiker brauchen wir bestimmt nicht.

Judika Porschen, St. Wendel

Wenigstens werden Straßen repariert

„Auch marode Straßen gefährden Verteidigungsfähigkeit“, SZ, 2. April

Wäre man sarkastisch, würde man sagen: Gott sei Dank ist Krieg, dann werden endlich Brücken und Straßen repariert. Natürlich nur die, die die Nato-Streitkräfte brauchen werden. Ich bin sehr traurig, dass wir keine Friedenslösung finden. Der Mensch, die Politiker, vergessen schnell: Wir hatten mal einen Führer, der Straßen bauen ließ, um Waffen schneller zu transportieren. Wie das ausging, wissen wir. Aber es gab in Europa einen Aufschwung. Geht es nun darum – weil wir Politiker haben, die Menschen ohne Krieg nicht in Arbeit bringen? Wir sollen Energie sparen, zu viel CO₂? Warum regt sich keiner über CO₂ von Raketen auf?

Michael Herber, Merzig

Fitnesssport ist gute Altersvorsorge

„Jugendliche zieht es in Muckibuden“, SZ vom 3. April

Wie alles will auch der Umgang mit dem eigenen Körper trainiert werden, für mehr Kraft, Beweglichkeit und Spaß am Leben. Wäre auch für später beste Vorsorge. Vorerst geführter, moderater Fitness-/Kraftsport wäre eine gute Wahl für Jugendliche, um ihre Zeit zu verbringen. Auch für Ältere, die so wegen altersbedingter Notwendigkeit wieder einen kraftvollen, schmerzfreien Körper bekommen (Reha-Sport). Ich habe nie bereut, ab 16 trainiert zu haben, wenn später auch nur sporadisch; auch nach schweren Unfallverletzungen. Egal welche Mode-Bezeichnung, damals hieß es „Bodybuilding“, bin heute fast 70.

Gabriele Nickolai, Saarbrücken